

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

11.05.2023

**MdL Steffi Pulz-Debler**

TOP 21

Beratung des Antrages der Fraktion der AfD

**Kontrolle statt Container: Asylchaos stoppen**

- Drucksache 8/2098 -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleg\*innen Abgeordnete,  
liebe Menschen in Mecklenburg-Vorpommern,

ehrlich gesagt bin ich nicht bereit, der Schmutzkampagne der AfD, die mit dem uns vorliegenden Antrag unterstützt werden soll, noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken, denn ich bin zunehmend verärgert darüber, dass sich die öffentliche Diskussion vorrangig darum dreht, Menschen auf der Suche nach Schutz abzudrängen, zu beschimpfen, vorzuverurteilen und zu illegalisieren. Sich über Fluchtbewegungen zu erregen, aber gleichzeitig nicht auf Ursachen, auf Hintergründe und nicht auf die Situation der Geflüchteten zu schauen, weitere Grenzzäune zu fordern, sich für Inhaftierungslager auszusprechen und dabei weiter unbekümmert einen Wohlstand genießen zu wollen, der nur möglich ist, weil wir Ressourcen anderer Länder ausbeuten – das ist wie schlechte Medizin, die nur Symptome behandelt und nicht die Ursachen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleg\*innen Abgeordnete,

mehr als 100 Millionen Geflüchtete und Vertriebene wurden im Mai 2022 vom UN-Flüchtlingskommissariat, dem UNHCR, erfasst. Das ist ein neuer Negativ-Rekord, ein dramatischer Anstieg und deutlich mehr als eine Verdopplung der Flüchtlingszahlen in den vergangenen 10 Jahren und es ist kein Abwärtstrend abzusehen, denn Krisen, Kriege und autoritäre Regime werden die Menschen weltweit auch weiterhin zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, geht davon aus, dass knapp die Hälfte der Flüchtenden Frauen sind, ihnen möchte ich heute im ersten Teil meiner Rede meine besondere Aufmerksamkeit schenken, denn es geht mir darum, Fluchtursachen, Hintergründe zu Asylanträgen in den öffentlichen Diskurs zu tragen und nicht ein vermeintliches Asylchaos auszurufen und dabei einen deutlichen Rechtsruck in Europa abzufeiern und zu unterstützen.

Frauen und Mädchen fliehen aus den gleichen Gründen wie Männer und sie werden auch aus den gleichen Gründen verfolgt: politisches Engagement, Glaube oder Zugehörigkeit zu einer spezifischen ethnischen oder sozialen Gruppe. Zusätzlich verlassen Frauen ihre Heimat jedoch auch häufig aus Angst vor geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Witwenverbrennung, Vergewaltigung, Femizid, Ungleichheit, Unfreiheit und der Verweigerung des Rechtes auf Bildung.

In Kriegs- und Krisenzeiten verschärfen sich all diese Diskriminierungen, denn sexualisierte Gewalt ist ein Mittel des Krieges und ein Symbol der Erniedrigung des Gegners.

Frauen und Mädchen haben in diesem Zusammenhang und auf der Flucht oft selbst zu grundlegenden Rechten wie Sicherheit, Nahrung, Gesundheit und Unterkunft nur eingeschränkten Zugang. Schon alltägliche Tätigkeiten wie Wasser holen oder zur Toilette zu gehen können vertriebene Frauen und Mädchen der Gefahr von Missbrauch aussetzen.

Häufig fehlt die Sensibilität für geschlechtsspezifische Bedürfnisse. Trotz dieser Hindernisse zeigen Frauen und Mädchen großen Mut, Widerstandsfähigkeit und Erfindergeist bei der Bewältigung dieser Probleme. Sie sind es oft, die die Kraft aufbringen zum Widerstand und zum Wiederaufbau nicht nur ihres eigenen Lebens, sondern auch des Lebens ihrer Familien.

Geschlechtsspezifische Gewalt anzuerkennen, als Fluchtgrund wahrzunehmen, Solidarität und ein sicherer Weg zum Schutz in die EU durch einen Anspruch auf humanitäre Visa wären eine Antwort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Demokrat\*innen,

für Frauen, wie für fast alle Menschen auf der Suche nach Schutz, muss unser Gebot Menschlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sein!

Unsere Richtschnur sollten bestehende Gesetze, Vereinbarungen und Ziele wie Klimaziele und die SDG's, also die ambitionierten nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sein. Sprechen wir uns stärker für eine Gesellschaft aus, in der Einheimische und Zugewanderte miteinander leben und finden wir gemeinsam gesellschaftlich positive Visionen des Flüchtlingsschutzes für das 21. Jahrhundert.

Unsere Antworten müssen Anteilnahme, starke Demokratien und Solidarität sein:

in Deutschland, in Europa und weltweit, denn Demokratien können auf autokratischen Druck humanitär reagieren – leben wir Empathie und Menschenwürde, statt Hass und Hetze.

Sie von der AfD-Fraktion wollen mit diesem Antrag einmal mehr vorgeben, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten und versuchen, sich als Wolf im Schafspelz ein bürgerliches Mäntelchen umzuhängen.

In Wirklichkeit treten Sie die allgemeinen Menschenrechte mit Füßen, fordern, dass Deutschland aus internationalen Abkommen austritt, und wollen die EU auseinanderdividieren. Ihr Antrag soll die Menschen über Ihre wahren Ziele täuschen.

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.